

MARIO CANDEIAS

ZWISCHEN MARKE UND VERBINDENDER PARTEI

WAS SYRIZA IN GRIECHENLAND IST, KÖNNTE PODEMOS IN SPANIEN WERDEN/
NOCH WIRD UM ADÄQUATE ORGANISATIONSSTRUKTUREN GERUNGEN

Mit Podemos ist nach den Bewegungen des 15. Mai 2011 in Spanien eine neue Partei entstanden, die sich anschickt, breite Mehrheiten zu gewinnen. Die Reorganisationsprozesse im Umfeld und unter der «Marke» von Podemos könnten allerdings auch zu einer Fragmentierung der Linken führen. Bei den Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai 2015 wird daher mit einem anderen, vielversprechenden Modell experimentiert werden: verbindenden Plattformen, die eher einer Unidad Popular ähneln, einer verbindenden popularen Vereinigung transformatorischer Kräfte. Von dem Ausgang dieser Wahlen wird viel für die dann im Herbst folgenden Wahlen zum nationalen Parlament abhängen. Zurzeit zeichnen sich vier mögliche Koalitionsoptionen ab.

Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland gleicht der lang erwarteten Notbremse des dahinrasenden Zuges autoritärer Kürzungsmaßnahmen in Europa. Zumindest repolitisiert dieser Sieg die europäische Politik und macht eine Transformation in Europa überhaupt erst wieder denkbar. Die Herrschenden allerdings tun alles, um die neue Regierung Griechenlands zu isolieren, denn auch in anderen Ländern drohen Regierungen des europäischen Austeritätsregimes abgewählt zu werden: in Portugal, Irland und vor allem in Spanien. Ein mögliches linkes «Krisenbündnis» in Europa gewinnt realistische Konturen. Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern böten auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance, sich zu erneuern. Dies könnte die Kräfteverhältnisse in Europa verschieben und auch Bewegung in sozialdemokratische Parteien bringen, die sich bislang nicht aus der alten neoliberalen Welt zu lösen vermögen.

Ähnlich wie in Griechenland erleben wir in Reaktion auf die europäische Krise in Spanien eine dynamische Umwälzung und Reorganisation des politischen Feldes – von links. Was Syriza in Griechenland ist, könnte Podemos («Wir können es») in Spanien werden. Doch ist das linke politische Feld in Spanien komplizierter. Die Bewegung des 15. Mai 2011 (15M) hat in Spanien eine umfassende gesellschaftliche Mobilisierung ausgelöst. Für Millionen wurde die Möglichkeit des Widerstands sichtbar. Menschen, die bisher nicht politisiert waren beziehungsweise von politischer Arbeit nichts mehr erwarteten, engagieren sich und gehen auf die Straße, und zwar seither in schöner Regelmäßigkeit und in gro-

ßer Zahl, was von den Medien hier nur selten aufgegriffen wird. Auf die erfolgreiche Mobilisierung reagierte die Regierung mit der Räumung der Plätze. Damit streute die Bewegung in die Barrios (die Nachbarschaften) – ohne sich jedoch zu zerstreuen. Dies war möglich, weil neben vielen jungen Menschen zahlreiche lokale Initiativen, linke Gruppen oder gewerkschaftliche Basisorganisationen von Beginn an Träger und Teil der Bewegung waren. Damit verbunden war ein Strategiewechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen, den Protesten) hin zum Materiellen (den Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse). Solidarische Netzwerke und Strukturen wurden auf den Weg gebracht, die in der Lage sind, die unmittelbaren Alltagsbedürfnisse und Nöte zu befriedigen, auf Basis gegenseitiger Hilfe. Diese neuen Massenorganisationen wie die unterschiedlichen Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungsbereich oder allen voran die Plataforma de Afectados por la Hipoteca (Plattform gegen Zwangsräumungen, PAH) beschränken sich nicht darauf, einfach Hilfe anzubieten, sondern sind selbst zu Orten politischer Aktion, Organisation und Schulung geworden. Sie sind die Basis der Reorganisation und der Eroberung der Zivilgesellschaft.¹

Doch die Bewegungen erkennen, dass dies nicht ausreicht. Sie nehmen Kurs auf die Eroberung der Institutionen – mit dem Ziel allerdings, diese Institutionen in einem konstitutiven Prozess neu zu begründen, im Sinne «wirklicher Demokratie». In Spanien gibt es ein ganz starkes Bewusstsein dafür, dass es nicht ausreicht, an die Regierung zu kommen, dass vielmehr die Institutionen selbst demokratisiert und umgebaut werden müssen.

EROBERUNG DER INSTITUTIONEN – KADER- STATT BEWEGUNGSPARTEI

Bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament konnte die Izquierda Unida (Vereinigte Linke) eine Verdreifachung der Stimmen verzeichnen. Sie hat nun sechs Abgeordnete in Straßburg. Eigentlicher Überraschungssieger aber war Podemos mit ihrem Spitzenkandidaten Pablo Iglesias. Nur vier Monate nach ihrer Gründung erreichte die Partei ein Ergebnis, das ihr fünf Abgeordnete bescherte. Seither hat Podemos in Umfragen zu einem Höhenflug angesetzt.²

Podemos ist nicht aus den Bewegungen hervorgegangen. Sie ist zunächst eine Kaderpartei mit charismatischem Führungspersonal, das im richtigen Moment eine historische Gelegenheit zu nutzen wusste. Podemos hat jedoch wichtige Impulse aus der Bewegung der Platzbesetzungen aufgenommen: «Real Democracia Ya!» (Wirkliche Demokratie jetzt) war einer der verdichtenden Slogans und Bezugspunkte des politischen Unbehagens. Viele AktivistInnen engagieren sich nun bei Podemos.

Podemos verfolgt eine an den Theoretiker Ernesto Laclau angelehnte Taktik, mit der ein linker Populismusbegriff von unten zurückgewonnen werden soll. Sie umfasst, recht verkürzt, drei Elemente, die es zu berücksichtigen gilt:

1. «Wenn es zum Beispiel in einem bestimmten Stadtteil unerfüllte Ansprüche in Bezug auf die medizinische Versorgung gibt, die Menschen aber erkennen, dass es in dieser Gegend auch andere unbefriedigte Ansprüche gibt, in Bezug auf Wohnung, Bildung, Verkehr, Sicherheit usw., dann kann zwischen allen eine bestimmte Solidarität hergestellt werden. Das nennen wir eine Äquivalenzkette, und es ist die erste notwendige Voraussetzung dafür, dass populäre Klassen sich als kollektiver Akteur herausbilden», ist bei Laclau nachzulesen.³ Im Fall von Podemos sind es die vielen Forderungen aus dem Mosaik der Bewegungen, die auf den Plätzen zusammenkamen, Praxen der demokratischen Selbstvergesellschaftung erprobten und seither die Arbeit der Organisation in den Nachbarschaften leisten.

2. Ist eine Äquivalenzkette gebildet, muss darüber hinaus ein *gemeinsamer* Gegner identifiziert/konstruiert werden, der die Gesellschaft in zwei Lager spaltet – in die populären Klassen und die Machthaber. Noch einmal Laclau: «Es wird sofort deutlich, dass sich diese Dichotomisierung des sozialen Feldes aus ganz unterschiedlichen Ideologien speisen kann. Populismus ist selbst keine Ideologie, sondern eine Form der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Machthaber beruht.» Diese Zuspitzung und Polarisierung findet sich bei Podemos in der Erzählung von der «politischen Kaste», die aus den Positionen der Macht verdrängt werden soll. Dahinter treten konkrete Forderungen oder Strategien zurück. Alles wird auf das Ziel, den Gegner, «die Kaste» konzentriert.

3. Ist die Äquivalenzkette hergestellt, muss sie sich als umfassend darstellen und verdichtet werden. Es braucht einen (*leeren*) *Signifikanten*, der die gesamte Kette, die vielfältigen Ansprüche und Haltung repräsentieren kann. «Ein bestimmter Anspruch oder eine Gruppe von Ansprüchen muss also, ohne seine Partikularität aufzugeben, zum Signifikanten der Kette als Ganzer werden.» Populismus beinhaltet immer eine solche «hegemoniale Operation. Ein hegemonialer Signifikant ist immer mehr oder weniger leer. Es ist leicht zu erkennen, warum: Je ausgedehnter die Äquivalenzkette, desto loser ist der Zusammenhang des hegemonialen Signifikanten mit dem Anspruch des ursprünglichen Signifikats.» Im Extrem

«kann es ein bloßer Name sein – häufig der eines Führers» oder einer Führungsgruppe. Podemos – «Wir können es!» – ist ein solcher leerer Signifikant und ihr Generalsekretär Pablo Iglesias seine Personifizierung. Sie repräsentieren das Neue, das Andere, die Vielfalt der Forderungen und Hoffnungen von unten. Eine kluge Medienstrategie mit eigenen TV-Formaten wie La Tuerka oder Fort Apache verleiht den zentralen Figuren von Podemos zudem eine besondere Sichtbarkeit.

In ihren eigenen Positionen changiert Podemos, lässt vieles bewusst offen. «Nicht links, nicht rechts», so hat es Pablo Iglesias formuliert,⁴ der Generalsekretär mit dem Pferdeschwanz, seinem Erkennungszeichen. Die Mehrdeutigkeit der Botschaften soll eine Projektionsfläche für möglichst viele bieten. Podemos hat entsprechend kein so klares inhaltliches Profil wie Syriza, die ja frühzeitig ein Not- und Regierungsprogramm ausgearbeitet hat und die nun in herauschendem Tempo eine Maßnahme nach der anderen umzusetzen versucht und in harten Auseinandersetzungen mit der Troika steht.

Die Offenheit von Podemos soll dazu einladen, gemeinsam den neuen Kurs zu bestimmen, die Partei setzt auf Beteiligung. Das zeigt sich schon bei der Entwicklung des Programms, über das anknüpfend an die 15M-Bewegung mit ihren vielen Versammlungen (Asambleas) mithilfe offener, internetgestützter Plattformen diskutiert und abgestimmt werden konnte. Dass «diese Offenheit aber nicht in Beliebigkeit umschlägt wie etwa bei der deutschen Piraten-Partei», sondern Podemos inhaltlich eindeutig links zu verorten ist, hat zum einen damit zu tun, dass die Gründungsgruppe um Iglesias herum «klare Vorstellungen» davon hat, wie sich ihr Projekt strategisch entwickeln soll. Zum anderen ist es ihr bisher auch stets gelungen, ihre Anhängerschaft von ihren Ideen zu überzeugen. Außerdem hat die 15M-Bewegung bereits die Richtung vorgegeben: «Re-Demokratisierung, eine radikale, basisorientierte Veränderung der Institutionen, verfassunggebender Prozess, Bruch mit der Austeritätspolitik und der Troika, Verteidigung der sozialen Grundversorgung und – ganz allgemein – gesellschaftliche Solidarität», fasst der politische Schriftsteller Raul Zelik zusammen.⁵

Trotz oder wegen ihrer Mehrdeutigkeit: Radikaldemokratisch und doch ein Phänomen der Massenmedien; «eine Initiative von Hunderttausenden, aber von einer kleinen Gruppe geprägt»; «enorm re-politisierend und doch manchmal erstaunlich unpolitisch» (Zelik), besetzt Podemos ein Feld, «das die Plurale Linke nicht zu erreichen verstand», meint Alberto Garzón, alter Freund und Kontrahent von Iglesias, 15M-Aktivist und seit Kurzem Spitzenkandidat von Izquierda Unida (IU).⁶ Vor allem erreicht Podemos jene, die sich vom politischen System nichts mehr versprechen und von den traditionellen Parteien abgewendet haben. Die Basis von Podemos ist bislang vor allem jung, urban, akademisch ausgebildet (auch die Führungsriege von Podemos rekrutiert sich fast vollständig aus dem akademischen Feld), aber lebt und arbeitet zum Teil in prekären Verhältnissen. Die IU dagegen hält eine stärkere Verbindung zu den populären Klassen, sowohl in den ärmeren urbanen als auch in den ländlichen Regionen. Gemeinsam mit anderen könnte Podemos das in Spanien lange Zeit herrschende Zweiparteiensystem zu Fall bringen.

Hier beginnen jedoch die Probleme: Kommt es nun zu einer weiteren Zersplitterung oder einer größeren Konvergenz der Linken? Es gibt harte Abgrenzungskämpfe. -Es droht die Gefahr der Selbstfragmentierung. Zugleich werden mehr und mehr Kräfte auf die neue Partei konzentriert. Schon jetzt

fehlt es an Personal in den solidarischen Netzwerken wie der Plattform gegen Zwangsräumungen (PAH). Bei der PAH verfolgt man den Aufstieg von Podemos daher auch mit wachsender Skepsis. Die Partei reklamieren in den Medien und bei ihren Auftritten die Erfolge der Bewegungen für sich und ziehen zugleich die Leute aus der konkreten Arbeit der Bewegungen ab. Doch «eine Marke ersetzt keine Politik», findet Chema Ruiz, Mitbegründer der PAH in Madrid.⁷

Der IU wiederum droht durch den Erfolg von Podemos Spaltung und Marginalisierung. Obwohl Podemos, die IU, andere kleinere linke Parteien und die Bewegungen zunächst darin übereinstimmen, dass die transformatorischen Kräfte zusammenfinden sollten, hat der große Zuspruch für Podemos dazu geführt, dass die Partei es zunächst allein versuchen will und bei den kommenden Wahlen keine gemeinsame landesweite Plattform anstrebt. Die Marke zählt. Dabei ist die Zukunft von Podemos unsicher. Die Partei ringt noch um adäquate Organisationsstrukturen, die die Offenheit erhalten sollen, ohne eben eine traditionelle Partei zu werden. Zugleich ist die «innerparteiliche» Demokratie noch nicht wirklich entwickelt – der Prozess wird von dem starken Führungspersonal dominiert. Andere Richtungen, etwa die Antikapitalistische Linke, wurden teilweise aus der Führungsgruppe oder von den Wahllisten gedrängt.⁸

Zwar wird in den vielen Basisversammlungen engagiert diskutiert. Abstimmungen über KandidatInnen oder programmatische Punkte finden jedoch auf der Onlineplattform statt. Damit bezieht Podemos viele ein, die sonst nicht aktiv würden. Ein großer Teil derjenigen, die online abstimmen, beteiligt sich aber nicht an den Debatten in den Basisversammlungen. So fällt es schwer, gemeinsame Positionen zu formulieren. Meist setzen sich in der Regel jene durch, die durch die Medien bekannt wurden – in erster Linie Iglesias und sein Team. Ohnehin stehen keine unterschiedlichen Strömungen oder politischen Projekte zur Diskussion. Zur Wahl stehen Individuen. Auch dies verstärkt den Trend zur Wahl des bekannten Führungspersonals. «Die Diversität der Partei schlägt sich weder in der zentralen noch in den dezentralen Führungsebenen nieder», resümiert Miguel Sanz Alcántara, ein 15M-Aktivist und aktiv bei Podemos Berlin.⁹ Für eine «effiziente Organisation» (Iglesias) mag dies zunächst notwendig sein. Inwiefern künftig dem demokratischen Anspruch wieder stärker Rechnung getragen werden kann, bleibt abzuwarten.

Hinzu kommt: Die traditionellen Parteien, die konservative Partido Popular (PP) und die sozialistische PSOE, auch wenn sie im Korruptionssumpf versinken, sind noch lange nicht geschlagen. Die Wahlen in Andalusien am 22. März 2015 hat die PSOE mit nur leichten Verlusten souverän mit 35 Prozent gewonnen. Podemos konnte immerhin aus dem Stand 15 Prozent der Stimmen erringen. Doch auch in nationalen Umfragen scheint der Aufstieg von Podemos zumindest gebremst. Vor zwei Monaten noch stärkste Partei mit Werten bis zu 30 Prozent und deutlichem Abstand zu den anderen, liefern sich PP und Podemos nun bei Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen, die PSOE knapp dahinter, alle drei um die 20 Prozent. Darüber hinaus gibt es mit Ciudadanos (Bürger) und Albert Rivera an der Spitze eine neue Partei, die ebenfalls mit populistischer Strategie einen Anti-Korruptions-Kurs einschlägt. Mit rechtsliberaler Ausrichtung versucht Ciudadanos, die enttäuschten WählerInnen der Regierungspartei aufzufangen – mit beachtlichem Erfolg bei den Wahlen in Andalusien (9 Prozent) und bei nationalen Umfragen (ca. 18 Prozent). Podemos ist also nicht mehr die einzige neue «Protestpartei».¹⁰

VERBINDENDE KOMMUNALE PLATTFORMEN – GEMEINSAM GEWINNEN

Podemos verfolgt – Laclau folgend – eine *Option des diskursiv konstruierten Populismus*, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen eben diskursiv zusammenbindet und verdichtet. Damit unterscheidet sich die Partei deutlich von Syriza, die – eher Gramsci folgend¹¹ – eine *organisch-populäre Option* verfolgt, die auf einer alltäglichen und engen Kooperation mit den Bewegungen und Solidarstrukturen aufbaut und von dort aus versucht, mit der gewonnenen Glaubwürdigkeit auch andere Teile der Bevölkerung zu repräsentieren. Beide Strategien zu verbinden suchen neue verbindende Plattformen auf regionaler und kommunaler Ebene.

Bis zu den nationalen Parlamentswahlen in Spanien Ende des Jahres ist es noch lange hin. Bei lokalen Urnengängen hingegen ist eine Eroberung der Institutionen schon im Mai 2015 denkbar. Am spektakulärsten ist dabei eine Initiative aus den Bewegungen: Nachdem Ada Colau als Sprecherin der PAH zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden ist, hat sie ein neues Projekt in Angriff genommen. Sie ist eine der Sprecherinnen von Guanyem Barcelona («Barcelona gewinnen»), einer Bürgerplattform, die sich Ende Juni 2014 in Barcelona vorgestellt hat und eine radikaloppositionelle Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen 2015 anstrebt, jetzt unter den Namen Barcelona en Comú. Die Initiative ist breit angelegt. Sie richtet sich zunächst an die nicht organisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die noch nicht politisch aktiv sind. Ihre Basis sind jedoch die organisierten Viertel, die Bewegungen. Guanyem/Barcelona en Comú gelang es auch, (fast) alle politischen Organisationen der Linken hinter sich zu bringen: unter anderem die Vereinigte Linke Alternative (EUiA), die katalanischen Grünen (ICV) und eben Podemos. Organisch-populäre und diskursiv populistische Strategie werden kombiniert, die jeweiligen Stärken verknüpft. «Wir schließen niemanden aus – abgesehen von den Parteien des Regimes», erläutert Colau.¹² Allerdings fehlen im Bündnis die Parteien, die für die katalanische Unabhängigkeit eintreten, wie die Republikanische Linke (ERC) oder die «Linke Kandidatur für die Unidad Popular» (CUP).

Die PAH selbst, aus der Colau kommt, ist für ein solches Mosaik bereits beispielgebend. Dort arbeiten seit Jahren AktivistInnen aus allen möglichen Organisationen in einem sozialen Netz wechselseitiger Hilfe zusammen. Aber das genügt ihnen nicht: Barcelona en Comú will mehr. «Wir wollen gewinnen, das ist der große Unterschied. Und um zu gewinnen, musst du Anstrengungen bündeln. Jeder, der allein antritt, übt sich in Überheblichkeit», so Colau. «Wir streben keinen Sitz im Gemeinderat an, um da für ein bisschen Farbe zu sorgen. Wir wollen gewinnen, um die Dinge zu verändern und zu beweisen, dass Politik grundsätzlich anders sein kann.» Das Beispiel macht Schule. Nicht nur in Katalonien. Überall im Land formieren sich neue Plattformen oder Allianzen, um bei lokalen und regionalen Wahlen anzutreten, etwa in Madrid oder Malaga. Bewegungen wie die PAH oder die Mareas (die Protestwellen) entwickeln mit Podemos, IU und Equo und anderen gemeinsame Positionen, Programme, Strategien und (Wahl-)Listen. Nicht in Hinterzimmern, sondern in offenen Versammlungen und in unzähligen Diskussionen. Ahora Madrid nennt sich die Plattform in Madrid.

Die Einigung verläuft nicht ohne zahlreiche Konflikte. Der vielleicht härteste: Die Kommunistische Partei und wesentliche Teile der IU (etwa die SpitzenkandidatInnen Tania San-

chez und Mauricio Valiente) haben die Partei der Vereinigten Linken verlassen. Denn die alte regionale Führungsrige wollte nicht Teil eines solchen Bündnisses wie Ahora Madrid werden (und sich auch nicht konsequent gegen die Korruption in den eigenen Reihen stellen). Der Rest der IU will unter eigenem Namen bei den Wahlen antreten. Das schwächt die Aussichten der neuen «Bürgerplattformen». Dennoch stehen für sie die Chancen auf Wahlsiege in den Regionen und großen Städten derzeit gut. Barcelona en Comú beispielsweise liegt in aktuellen Umfragen vorn.

Solche lokalen und regionalen Plattformen können der (Selbst-)Fragmentierung der Linken entgegenwirken und die Basis schaffen für eine gemeinsame landesweite Plattform der Linken. Tatsächlich ruft nicht nur die neue Führung der IU dazu auf, sondern auch ein Bündnis von Intellektuellen, Bewegungen, GewerkschafterInnen und allen linken Parteien, einschließlich relevanter Teile der sozialistischen/sozialdemokratischen PSOE, deren Mehrheitsflügel sich bisher immer von allen Kräften links von ihnen abgrenzte und bei wichtigen Entscheidungen an der Seite der rechtskonservativen regierenden PP stand. Das ist ein weiterer Qualitätssprung. Sie richten sich explizit an Podemos, um eine Regierungsperspektive zu ermöglichen – denn allein würde es für Podemos bislang nicht reichen. Interessant ist auch, wie dieses breite Spektrum ihr Manifest nennt: «Wir sind links»¹³ – während Podemos doch versucht, sich nicht eindeutig links zu verorten.

WER GEWINNT? – KOALITIONSOPTIONEN

Und wie sieht es bei den Wahlen im spanischen Staat im Herbst aus? Vier Koalitionsoptionen sind denkbar:

1. Die rechtskonservative Regierungspartei Partido Popular und die sozialistische PSOE bilden als sogenannte Parteien des Systems eine große Koalition gegen die Newcomer von Podemos und Ciudadanos. Bislang gibt es nur vereinzelte Stimmen, die darüber nachdenken. Umfragen zufolge befürworten etwa in Madrid nur 15 Prozent der WählerInnen eine solche Koalition. Ein solches Bündnis erscheint also unwahrscheinlich.

2. Podemos verabschiedet sich von einer umfassenden transformatorischen Position, verzichtet auf einen konstitutiven Prozess des Umbaus der Institutionen und begnügt sich mit einem machtvollen Einzug in die Institutionen. Zusammen mit der vergleichbar starken sozialistischen PSOE, einer «Partei des Systems», wird eine Mitte-links-Regierung gebildet, die sich mit dem europäischen Austeritätsregime zu arrangieren versucht. Der linke Teil von Podemos wird abgespalten. Die Impulse der Bewegungen gehen verloren und die Hoffnungen auf radikale Veränderung werden kanalisiert und passiviert. Auch innerhalb der IU streben sozialdemokratisch orientierte Gruppen, einschließlich bekannter Persönlichkeiten wie der Schriftstellerin Almudena Grandes oder dem Filmemacher Pedro Almodóvar, ein Zusammengehen mit der PSOE an – gegen die Richtung des Spitzenkandidaten Alberto Garzon, der für ein linkes Bündnis streitet. Dies würde das Ende der IU nach sich ziehen.

3. Die Partido Popular hält sich – stark dezimiert – bei 20 Prozent der Wählerstimmen und bildet mit der neuen rechtsliberalen Partei Ciudadanos und alten Koalitionspartnern wie den konservativen katalanischen Nationalisten der CiU eine Regierung zur Fortsetzung des Austeritätsregimes. Dies wird verknüpft mit einem entschlosseneren Vorgehen gegen Korruption in der politischen Klasse (zumindest in einigen spektakulären Fällen). So kann Ciudadanos die Koalition mit der Kor-

ruptionspartei Partido Popular rechtfertigen und die Partido Popular sich von korrupten Politikern trennen und erneuern.

4. Die Perspektive einer Unidad Popular, einer verbindenden popularen Vereinigung der transformatorischen Kräfte, ist sicher die weitestgehende. Ziel ist es, die gesellschaftliche Mobilisierung und den partizipativen Impuls zu erhalten und in eine neue Praxis der Regulation öffentlicher Infrastrukturen und der politischen Institutionen zu überführen beziehungsweise Politik wieder stärker an die Zivilgesellschaft zurückzubinden. In Europa setzt man auf ein Südbündnis mit Griechenland und möglichen anderen neuen Regierungen in Irland oder Portugal. Die Perspektive einer Unidad Popular wird vor allem von den regionalen und kommunalen Plattformen, der Mehrheitsrichtung in der IU (vor allem der KP) wie auch dem linken, bewegungsorientierten Flügel von Podemos vertreten. Ein deutlicher Sieg der verbindenden Plattformen bei den Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai könnte die Kräfte in diese Richtung verschieben.

Für Podemos und die Linke in Spanien wird insgesamt viel vom Ausgang der Auseinandersetzungen zwischen der Syriza-Regierung und den nordeuropäischen Gläubigern Griechenlands abhängen. Sollten Tsipras & Co. scheitern, würde auch Podemos an Attraktivität verlieren. Wenn Syriza zumindest einige Wahlversprechen erfüllen kann, einen für Griechenland akzeptablen Deal mit den Gläubigern zustande bringt und Reformen durchsetzt, die nicht mehr nur auf Kosten der Ärmeren gehen, würde Podemos davon automatisch profitieren. Vorausgesetzt, es kommt nicht zu einer Fragmentierung aufseiten der Linken. Übersteht Syriza die ersten sechs Monate, kann die Dynamik bei den Wahlen zum spanischen Parlament zum Ende des Zweiparteiensystems und zur Eröffnung eines konstitutiven Prozesses für wirkliche Demokratie führen.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer der Zeitschrift «LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis».

1 Vgl. hierzu ausführlich Candeias, Mario/Völpel, Eva: Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise, Hamburg 2014, S. 132ff. 2 El País, 13.4.2015. 3 Laclau, Ernesto: Warum Populismus?, in: LuXemburg 1/2014, S. 6–13. 4 Iglesias, Pablo: «Dass wir die absolute Mehrheit anstreben, ist Ausdruck einer Notwendigkeit», LuXemburg-online, Dezember 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/dass-wir-die-absolute-mehrheit-anstreben-ist-ausdruck-einer-notwendigkeit/. 5 Zelik, Raul: Elf Thesen zu Podemos, LuXemburg-online, Dezember 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/thesen-zu-podemos-und-der-demokratischen-revolution-in-spanien/. 6 Garzón, Alberto: «Es geht uns um eine umfassende Transformation unseres politischen Systems», LuXemburg-online, Juni 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/es-geht-uns-um-eine-umfassende-transformation-unseres-politischen-systems/. 7 Ruiz, Chema: «Eine Marke ersetzt keine Politik», LuXemburg-online, April 2015, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/eine-marke-ersetzt-keine-politik/. 8 El Diario, 10.11.2014, unter: www.eldiario.es/politica/lista-Pablo-Iglesias-dirigir-Podemos_0_323018381.html. 9 Sanz Alcántara, Miguel: Podemos: Können wir?, unter: <http://marx21.de/podemos-koennen-wir/>. 10 El Público, 20.4.2015. 11 Auch Laclau beruft sich auf Gramsci, interpretiert jedoch sein Hegemoniekonzept um. Vgl. Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 2012. 12 Colau, Ada: «Wir treten nicht an, um einen Sitz im Gemeinderat zu bekommen. Wir wollen gewinnen.», LuXemburg-online, Juli 2014, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ada-colau-wir-treten-nicht-an-um-einen-sitz-im-gemeinderat-zu-bekommen-wir-wollen-gewinnen/. 13 Manifest «Wir sind links», LuXemburg-online, Februar 2015, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/manifest-wir-sind-links/.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Mai 2015
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling